



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)
Bundeshaus West
3003 Bern

Verordnung über die elektronische Kommunikation in bundesrechtlichen Justiz- und Verwaltungsverfahren (VEKJ); Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Geschätzte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 13. März 2026 hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) den Urner Regierungsrat im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens eingeladen, zur Verordnung über die elektronische Kommunikation in bundesrechtlichen Justiz- und Verwaltungsverfahren (VEKJ) Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns dazu wie folgt:

Wir begrüssen die Vorlage, die der Umsetzung des neuen Bundesgesetzes über die Plattformen für die elektronische Kommunikation in der Justiz (BEKJ) dient. Sie schafft einheitliche technische und organisatorische Regeln für die elektronische Kommunikation in allen Straf-, Zivil- und Verwaltungsgerichtsverfahren des Bundes. Auch die vorgesehene Gebührenerhebung ist grundsätzlich zu begrüssen, da sie eine stabile Finanzierung der digitalen Justizinfrastruktur sicherstellt und die Kosten solidarisch zwischen Bund und Kantonen verteilt. Im Übrigen verzichten wir auf eine einlässliche Stellungnahme.

Sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 19. Juni 2026



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

Der Kanzleidirektor


Daniel Furrer


Roman Balli